Letter from the Secret State Police (Geheime Staatspolizei or Gestapo)
Frankfurt am Main, dated February 15, 1943, on the “Treatment of Foreign Workers and Prisoners of War Employed in the Reich”
1.1.0.6/82335754–82335780, ITS Digital Archive, Arolsen Archives.
Geheime Staatspolizei
Staatspolizeileitstelle Frankfurt/Main
II E 18/43

Frankfurt/M., den 15. Febr. 1943

GEHEIM!

Betreffs: Behandlung der im Reich eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte und Kriegsgefangenen.

Vorgang: ohne ---

Die Millionenzahl der im Reich eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte und die auch weiterhin steigende Tendenz dieser kriegsnötigen Aktion macht es erforderlich, die bisher ergangenen, den Ausländer-einsatz betreffenden besonderen Weisungen des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin nochmals in den wichtigsten Punkten zusammenfassend zur Kenntnis zu bringen.

Hierbei sei vorweg bemerkt, dass der Volksdeutsche und der für eindeutschungsfähig erklärte Mensch nicht als "ausländischer Arbeiter zu betrachten ist und selbstverständlich einer fürsorgenden Einführung in das nationalsozialistische Deutschland bedarf.

I. Aufgabenstellung der Sicherheitspolizei

Die Aufgabe der Sicherheitspolizei, die innere Sicherung und Geschlossenheit des Deutschen Reiches und Volkes gegen alle störenden Einwirkungen zu gewährleisten, ist unbedingt auch angesichts des Ausländer einsatzes, der an sich gerade im Kriege mit elementar-Grundgesetzen der Gefahrenabwehr nicht zu vereinbaren ist, zu erfüllen. Die sicherheitspolizeiliche Aufgabe beim Ausländer einsatz ist:

a) Abwehr der Gefahren für die Sicherheit des Reiches unter besonderer Beachtung der Kriegslage (Terrorakte, Ausspähung, aktive und passive Sabotage in jeder Form, Zellenbildung und Zersetzung in jeder Art usw.)

b) Abwehr der Gefahren für den rassischen Bestand des Deutschen Volkes (Vermischung mit fremdem Blut, Unterwanderung usw.).


II. Sicherheitspolizeiliche Betrachtung des ausl. Arbeiters.

Sicherheitsmässig

Von sicherheitsmässigen Standpunkt sind die ausl. Arbeiter durchweg als Element der Belastung der Sicherungslage anzusprechen.
Politisch und volkspolitisch.

Die ausländischen Arbeiter sind nach ihrer Abstammung in folgende Gruppen grob zu gliedern, in denen nur die hauptsächlichsten am Arbeitseinsatz beteiligten Völker aufgeführt sind:

Gruppe A - Italiener.

Die Richtschnur für die Behandlung ital. Arbeitskräfte gibt das enge deutsch-ital. Bündnis, das die Grundlage für die Neuordnung Europas ist. Als Achsenpartner darf Italien mit Recht erwarten, dass die in den Reich tätigen italienischen Staatsangehörigen eine Behandlung erfahren, die jederzeit der deutsch-italienischen-Kampfgemeinschaft Rechnung trägt und berechtigte Beschwerden italienischerseits auf jeden Fall vermeidet.

a) Arbeitsvertragsbruch:
Bei Arbeitsvertragsbruch, Bummerei und sonstigen Fällen von Arbeitsunlust, die ein Einschreiten notwendig erscheinen lassen, ist die Staatssicherheitsstelle Pfalz, Hermannng, oder schriftlich bevor etwas veranlasst wird, über den Inhalt eingehend zu unterrichten. Die Befolgung dieser Anweisung bitte ich gernstens zu beachten.

b) Bei Streiks, Arbeitsniederlegungen und Tumulten am Arbeitsplatz oder in den Unterkünften können die Räudsführer sofort festgenommen werden. Entsprechend ist zu verfahren bei Italienern, die durch Hetze, Widersprüchlichkeit, Täuschungen, Vernichtung von Lebensmitteln usw. die Disziplin ihrer Arbeitnehmer beherrschen. Der Staatssicherheitsstelle Frankfurt/Main ist von derartigen Vorkommnissen unverzüglich auf dem schnellsten Wege eingehändige Mitteilung zu erstatten.

c) Bei den vorgenannten Verstössen ital. Arbeitskräfte gegen die Arbeitsdisziplin ist selbstverständlich zu prüfen, ob nicht die Gründe für das Verhalten durch den Betrieb geschaffen sind, indem z.B. die dem Italiener schriftlich gemachten Zusicherungen nicht gehalten worden sind (etwa niedriger Lohn, Beschäftigung eines Facharbeiters mit Erarbeitungen) oder die allgemeinen Arbeitsbedingungen Anlass zur berechtigten Klage geben. Hierzu ist ebenfalls in der Meldung eingehend Stellung zu nehmen.

- 3 -
d) Italienische Arbeitskräfte, die sich nach Ablauf ihres Vertrages weigern, den Vertrag zu verlängern oder einen neuen Arbeitsvertrag abzuschließen sind nicht vertragsbrüchig. Mit sicherheitspolizeilichen Massnahmen darf daher nicht eingegriffen werden.

Die für den Arbeitseinsatz zuständigen Dienststellen sind gehalten, die sofortige Rückführung der Italiener, die nach Ablauf ihres Vertrages nach Italien zurückkehren wünschen, zu veranlassen.

e) Bei politischen Verfehlungen, Sabotage- und Spionage-Fällen ist, wie bisher, die Staatspolizeiinsstelle Frankfurt/Main sofort zu verständigen.

f) Kriminelle Verfehlungen (z.B. Diebstahl, Unter- schlagung, Körperverletzung, Totschlag), sind wie bisher im üblichen kriminalpolizeilichen Ermittlungsverfahren zu erörtern, gegebenenfalls der Staatsanwaltschaft zur Einleitung gerichtlicher Beurteilung abzugeben.

Abschließend betone ich ausdrücklich, dass, selbst wenn im Einzelfall Schwierigkeiten auftreten sollten, keine über den Rahmen der vorstehenden Weisungen hinausgehende Massnahme ohne die vorherige Zustimmung meiner Dienststelle getroffen werden darf.

Gruppe B - Angehörige germanischer Völker
(Flamen, Dänen, Norweger, Holländer).


Während ihres Aufenthaltes im Reich sind sie daher, sicherheitspolizeilich gesehen, grundsätzlich wie deutsche Volksangehörige zu behandeln, d.h. Verstöße gegen die Arbeitsverordnung und Arbeitsdisziplin sind zwar in jedem Falle der Staatspolizeiinsstelle Ffm. zu melden, werden aber nur in krasse Fällen mit staatspolizeilichen Mitteln geahndet. Ebenso gehört die Bearbeitung rechtsfeindlicher Bestrebungen von Sabotage, Spionage und allen anderen Delikten politischen Charakters in das Aufgabengebiet der Geheime Staatspolizei.

Dagegen sind sämtliche kriminellen Verfehlungen in den üblichen kriminalpolizeilichen Ermittlungsverfahren aufzuklären, gegebenenfalls der Staatsanwaltschaft zur Einleitung gerichtlicher Massnahmen abzugeben.
Gruppe C - Angehörige nicht-germanischer Völker

mit denen wir verbündet oder mit denen wir
auf Grund ihrer kulturellen und gesamteuropäischen
Bedeutung verbunden sind (Slowaken, Kroaten, Rumänen,
Bulgaren, Ungarn, Spanier, Franzosen.)

Auch der Einsatz dieser Gruppe angehörenden
Arbeitskräfte im Reich ist der Ausrichtung ihrer Völker
auf die Neuordnung Europas und den berechtigten Füh-
rungsanspruch Gross-Deutschlands nutzbar zu machen.
Sie müssen durch eine verständnisvolle und gerechte
Behandlung erkennen, dass sie als Angehörige einer im
währenden neuen Europa geschwisterten Nation betrachtet
werden; hierbei können naturnotwendig keine blutnahen
Bindungen zum Ausdruck kommen; wohl aber werden die
jeweilsigen politischen Beziehungen der betreffenden
Nation zum Reich die gebotene Berücksichtigung finden
und damit auch ausserpolitischer Schwierigkeiten ver-
miessen.

Für sie gelten über die Abhand von Verstößen
gegen die Arbeitsdisziplin, bei politischen Verfehl-
ungen und kriminalen Delikten die für die Gruppe B er-
gangenen Anweisungen. Es wird nochmals betont, dass
Arbeitsvertragebrüche usw. stets der Staatspolizei-
stelle Ffm. zu berichten sind, die über die Art der
Abhand allein zu befinden hat. Verstöße kriminaler
Natur sind unter kurzer Schilderung des vorliegenden
Tatsachen - bezw. Beweismaterials nach Abschluss der
Ermittlungen unbehindert der evtl. Weiterleitung des
Originalvorganges an die KPL oder die zuständige
Staatsanwaltschaft der Staatspolizeistelle Ffm. unter
Angabe des Aktenzeichens der KPL Ffm. oder der Staats-
anwaltschaft zu melden. Je nach Lage des einzelnen
Falles kann die rechtzeitige Anforderung der Über-
stellung des Täters oder der Täter bei Aufhebung des
Haftbefehls oder nach Strafverbüßung zur Verfügung
der hiesigen Dienststelle erforderlich werden, um den
ausl. Rechtsbrecher vorbeugend zur Verhütung wei-
terer Schäden an der deutschen Volksgemeinschaft
in Schutzhaft zu nehmen oder die Abschiebung in die
Heimat in die Wege zu leiten.

Der Geschlechtsverkehr zwischen Deutschen und ausl.
Arbeitern der Gruppen A - C kann aus naheliegenden
politischen, ausserpolitischen Gründen nicht
durch ein striktes Verbot untersagt werden. Dementspre-
rend ist grundsätzlich ein exekutives Einschrei-
ten lediglich wegen eines solchen Geschlechtsverkehres
zu unterlassen.

Dennoch bleibt der Geschlechtsverkehr zwischen
Deutschen und diesen ausl. Arbeitern unerwünscht
und es gilt, diese, das Deutsche Volkstum schwer
belastende Erscheinung durch Aufklärungsarbeit der
Partei einerseits, und durch Bekämpfung besonders
kranzer Fälle mit polizeilichen Mitteln anderer-
seits, möglichst zu unterbinden. Da es sich bei diesem
Problem um den Geschlechtsverkehr im gegenseitigen
Einvernehmen handelt, wird die weit überwiegende
Mehrzahl der Fälle einen Straftatbestand nicht er-
füllen; auch die Strafmöglichkeit des § 172 ESTGB. wegen Verkehrs mit einer verheirateten Frau (Ehe
bruch) wird nur in seltenen Fällen zur Anwendung
kommen.

Ein staatspolizeiliches Einschreiten kann nur
in den Fällen erfolgen, in denen durch die äusseren
Umstände (z.B. Leben in wilder Ehe, Verderbnis der
Jugend, häufig wechselnder Geschlechtsverkehr bei
Frauen) öffentliches Aergernis erregt und dadurch
der Anlass zum Einschreiten gegangen ist.

Die zu ergreifenden Massnahmen müssen in erster
Linie auf eine Beseitigung der untragbaren Erscheinung
(Lösung der wilden Ehe) gerichtet sein und nicht auf
eine Ahdung. Es kommt daher bei erstmaligen Er-
scheinungen nur eine Belehrung des deutschen Partners
in Frage mit der Auflage, ein derartiges Verhalten
künftig zu unterlassen; gleichzeitig ist zur Trennung
des Verhältnisses beim Arbeitsamt ein Ortswechsel zu
erwirken. Da über die Belehrung grundsätzlich allein
der Leiter der Staatspolizeistelle oder sein ständiger
Vertreter zu entscheiden hat, so sind alle bekannten
vorkommenden Vorfälle dieser Art vor Durchführung der-
artiger Maßnahmen der Staatspolizeistelle Pfm. zu
melden. Bleibt einer etwaigen Belehrung später der
Erfolg versagt, so ist unverzüglich erneut eingehend
der Berichten. Eine Festnahme darf erst auf ausdrück-
liehe Anordnung der Staatspolizeistelle Pfm. hin
erfolgen. Bei italienischen Arbeitskräften ist das Vor-
liegen eines öffentlichen Aergernisses besonders ge-
Wissenschaft zu prüfen.

Ich betone, dass das Einschreiten in den Vor-
gängen, wie auch nach aussen, auf keinen Fall mit
rasse- oder völkisch-politischen Erwägungen oder ledig-
liech mit der Tatsache des Geschlechtsverkehrs begründet
werden darf, sondern ausschliesslich mit den beson-
deren Umständen des Einzelfalles, die durch ihre
Anitätigkeit eine Gefährdung der Sittlichkeit
und die Erregung des öffentlichen Aergernisses her-
vorgerufen haben.

Gruppe D - Angehörige nicht-germanischer
(asiatischer) Völker,

die mehr oder weniger unter der unmittelbaren
Höchstesverwaltung des Deutschen Reiches leben.
(Protektoratsangehörige, Serben, Slowenen, Arbeits-
kkräfte aus den Balkanländern, Polen, fremdvolkisch
Arbeitskräfte, nicht-polnischen Volkstums aus dem
Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebie-
ten, Ostarbeiter).

Die Notwendigkeit einer straffen Führung der
Gruppe D angehörenden Arbeitskräfte und der Ein-
haltung eines besonders klaren Abstandes ihnen ge-
genüber - bei korrekter und gerechter Behandlung-
ist bedingt durch die krassen rassischen Unterschiede
und die politischen Verhältnisse.

Auch hier ist grundsätzlich zu beachten, dass
sämtliche Verhaltensweisen gegen die Arbeitsdisziplin etc.
sofort der Staatspolizeistelle Pfm. zur weiteren
- 6 -

Entscheidung zu melden sind. Bei Arbeitsvertragsbruch seitens Angehöriger der nachgenannten Volksgruppen hat unbeschadet der Berichterstattung an die hiesige Dienststelle unverzüglich die Festnahme zu erfolgen.

Nachstehend werden die bisher ergangenen Sonderbestimmungen über die Behandlung dieser fremdvölkischer Arbeitskräfte wiedergegeben.

1. Protektoratsangehörige.


Der Geschlechtsverkehr mit deutschen Volksgenossen ist ausdrücklich verboten. Vor Einleitung staatspolizeilicher Massnahmen ist jedoch die Untersuchung des Protektoratsangehörigen auf seine Eindeutschungsfähigkeit hin erforderlich. Daher sind zunächst derartige Fälle unverzüglich an die Staatspolizeistelle Frankfurt/Main zur entsprechenden Veranlassung zu melden.

Ausnahmsweise hat die sofortige Festnahme des Protektoratsangehörigen bei verbotenem Geschlechtsverkehr zu erfolgen, wenn:

a) dieser eine deutschfeindliche Ge samthaltung zeigt, insbesondere, wenn er politisch oder kriminell bereits nachteilig in Erscheinung getreten ist, oder

b) wenn er mit einer verheirateten deutschen Frau, insbesondere einer Soldatenfrau intime Beziehungen angemüpfte hat, oder

c) wenn er ein minderjähriges Mädchen verführt oder Notzuchtshandlungen verübt hat.


Von einer Untersuchung auf Eindeutschungsfähigkeit und der Einleitung staatspolizeilicher

- 7 -
Massnahmen wird abgesehen, wenn der Geschlechtsverkehr mit einer deutschen Prostituierten ausgeübt worden ist.

2. Arbeitskräfte aus den Baltenländern.

Als "Arbeitskräfte aus den ehemaligen Staaten Litauen, Lettland und Estland" gelten alle ehemaligen litauischen, lettischen und estnischen Staatsangehörigen und Staatenlose, die am 1.9.39 in dem Gebiet der ehemaligen Staaten Litauen, Lettland und Estland ansässig waren und nach dem 22.6.41 aus diesem Gebiet zum zivilen Arbeits- einsatz ins Reich herangebracht sind oder werden.

Für die Behandlung der Arbeitskräfte aus den Baltenländern ist ausgebend, dass es sich grundsätzlich um fremdvolkische Arbeitskräfte handelt, die in einer gewissen Zeitspanne unter intensiver bolschewistischer Beeinflussung gestanden haben. Die Stellung dieser Völker zum Bolschewismus rechtzeitig jedoch eine Bevorzugung gegenüber den Arbeitskräften aus dem altsojewitrusischen Gebiet.

a) Arbeitseinsatz:

b) Unterbringung:
Die Unterbringung wird in allgemeinen dem Einsatz entsprechend zu regeln sein. Demnach ist für die Industrie und die grös- seren landwirtschaftlichen Betriebe die geschlossene Unterbringung (Barrackenlager, Schnitterkaserne) vorgeschrieben. Darüberhinaus sind nach Möglichkeit auch die einzeln zur Arbeit eingesetzten Arbeitskräfte in geschlossenen Lagern unterzubrin- gen. In Betriebszweigen, in denen dies nicht möglich ist, hat der Betriebsführer wenigstens für eine gemeinsame Unterkunft der ihm zugewiesenen Arbeiter zu sorgen.

Eine besondere Bewachung der Unter- künfte der Arbeitskräfte aus den Balten- ländern erfolgt nicht.
c) Kriminelle und politische Delikte:
Sämtliche Verfehlungen krimineller und politischer Art, Verstöße gegen die Arbeitsdisziplin etc. sind ausschließlich der Staatspolizei abzugeben, die über die weitere Behandlung des Vorgangs entscheidet.

d) Beschränkung der Lebensführung:
Da durch die sicherheitspolizeiliche Überprüfung bei der Anwerbung die Möglichkeit besteht, gefährliche Elemente auszuschalten, und bei Einsatz und Unterbringung dieser Arbeitskräfte besondere Beachtung zuteil wird, kann in Berücksichtigung der allgemeinen politischen Verhältnisse von besonderen Einschränkungen der Lebensführung abgesehen werden, mit Ausnahme von einem

aa) Aufenthaltsgebiet im Bereich der Kreispolizeibehörde, in dem der Arbeitsplatz liegt,

bb) Verbot des Geschlechtsverkehrs mit deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen.


Für sie gilt hinsichtlich Arbeitseinsatz, Unterbringung, Aufnäher politischer und krimineller Delikte und Beschränkung der Lebensführung, das für die Arbeitskräfte aus den Baltenländern vorstehend Angesonderte.

4. Polen.


a) Kennzeichnung: Arbeiter und Arbeiterinnen poln. Volkstums haben auf der rechten Brustseite eines jeden Kleidungsstückes ein mit ihrer jeweils getragenen Kleidung festverbundenes Kennzeichen stets sichtbar zu tragen. Das Kennzeichen besteht aus einem auf der Spitze stehenden Quadrat mit 5 cm lg. Seiten und zeigt bei 1/2 cm breiter violetter Umrandung auf gelben Grund einen 2 1/2 cm hohen violette "P".

b) Unterbringung: Um eine Berührung dieser Arbeitskräfte mit der deutschen Bevölkerung weitgehendst aus-

c) Aufenthaltszwang am Arbeitsplatz:

d) Ausgehverbot:

e) Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel:

f) Besuch von Veranstaltungen und Gaststätten:
Deutschen Volksgenossen ist in den festgesetzten Zeiten der Besuch der den Polen zur Verfügung stehenden Gaststätten untersagt.

g) Seelsorgerische Betreuung:
Im Reichsgebiet eingesetzte Zivilarbeiter poln.


Ausnahmegenehmigungen zum Verlassen des Arbeitsplatzes zweeke Teilnahme an Sondergottesdiensten können erteilt werden, wenn die zurückzulegende Wegstrecke nicht mehr als 5 km beträgt und die Teilnehmer in geschlossenem Zuge unter Aufsicht zum und vom Gottesdienst geführt werden.

h) Postverkehr:
Der Postverkehr (Karten-, Brief- und Paketsendungen) der poln. Arbeiter mit ihren Angehörigen in den Ostgebieten und dem Generalgouvernement ist gestattet.

i) Benutzung von Fotomaterialien:
Im Hinblick auf die bestehende Spionagegefahr und die kriegsbedingte Knappheit an Fotomaterialien ist es verboten, dass Zivilarbeiter poln. Volkstums Fotogeräte besitzen.


k) Tragen von Orden und Ehrenzeichen:

1) Benutzung von Fernsprechapparaten:
Zivilarbeitern und -arbeiterinnen poln. Volkstums ist die Benutzung öffentlicher und privater Fernsprechgeräte verboten.
m) Benutzung von Fahrrädern:
Poli. Zivilarbeiter und -arbeiterinnen dürfen nicht im Besitz von Fahrrädern sein.
Macht der Arbeitsausweis eine Benutzung von Fahrrädern durch Polen erforderlich, so ist ihnen hierfür durch die örtliche Polizeibehörde ein Berechtigungsschein auszustellen. In solchen Fällen müssen die Arbeitgeber die Fahrräder stellen.

n) Anwendung des deutschen Grusses:
Die Anwendung des deutschen Grusses ist verboten.

o) Politische und kriminelle Delikte:
Für Zivilarbeiter und -arbeiterinnen poln. Volkstums gilt hinsichtlich der Abhand politischer und krimineller Verfehlungen das für die Arbeitskräfte aus den Baltenländern Angeordnete. (Gruppe D 2 c).

p) Geschlechtsverkehr:


q) Massnahmen gegenüber der deutschen Bevölkerung:
Der Arbeitsausweis der zahlreichen Arbeiter und Arbeiterinnen poln. Volkstums in Reicht macht es notwendig, dass auch gegen diejenigen deutschen Volksgenossen Massnahmen ergriffen werden müssen, die sich in einer der Ehre und der Würde des deutschen Volkes abträglichen Weise diesen volksfremden Arbeitern gegenüber verhalten.
Bialystock - zum zivilen Arbeitseinsatz eingesetzt sind oder werden.
Zu dieser Gruppe von Arbeitskräften gehören:
A) Ukrainer, Weissruthenen, Russen,
B) Kischuben, Masuren, Slonsaken,
so weit sie nicht in die deutsche Volksliste aufgenommen sind.

Massgebend für die Behandlung dieser Arbeitskräfte ist einerseits die vielfach gegensätzliche Einstellung zum poln. Volk und die aufgeschlossener Haltung gegenüber dem Deutschen Reich. Andererseits dürfen Lebenshaltung, Charakter und politische Neigungen dieser Arbeitskräfte, die sich mit den entsprechenden deutschen Lebensverhältnissen nicht in Einklang bringen lassen, nicht ausser acht gelassen werden.

a) Die fremdwählischen Arbeitskräfte nicht-poln. Volksstums sind ebenfalls entsprechend dem für die Arbeitskräfte aus den Baltländern gegebenen Richtlinien (Gruppe D 2) einzusetzen, unterzubringen und staatspolizeilich zu behandeln.

b) Seelensorgerische Betreuung:
Den Ukrainern ist die Teilnahme an Sondergottesdiensten gestattet, die von ihren eigenen Geistlichen nach griechisch-katholischen Ritus abgehalten werden. Jedoch ist den Ukrainern mit Rücksicht auf die allgemein angespannte Verhältnisse die Gemeinigung zum Verlassen des Kreispolizeibezirkes lediglich zur Teilnahme an Gottesdiensten zu versagen.

c) Beschränkung der Lebensführung:
Die vorgenannten Arbeitskräfte unterliegen ebenfalls dem
aa) Aufenthaltseingriff im Bereich der Kreispolizeibehörde, in dem die Arbeitsstelle liegt.

6. Ostdeutsche:
Innerhalb dieses Begriffes "Ostarbeiter" wird also
eine Unterscheidung nach evtl. verschiedener Volkszugehörigkeit zur Zeit nicht gemacht, so dass "Ukrainer" aus altsovjetischem Gebiet als Ostarbeiter anzusprechen und zu behandeln sind.

a) Trennung der Ostarbeiter von der deutschen Bevölkerung:

b) Kennzeichnung:
Die Arbeitskräfte aus dem altsovjetischem Gebiet haben während ihres Aufenthaltes im Reich auf der rechten Brustseite eines jeden Kleidungsstückes ein mit diesem festverbundenes Kennzeichen stets sichtbar zu tragen. Das Kennzeichen besteht aus einem Rechteck von 70 mm mal 77 mm und zeigt bei 10 mm breiter blauweisser Umrandung auf blauem Grunde in weisser Schrift das Kennwort "Ost".

c) Arbeits einsatz:


Trotz allem wird der deutsche Arbeiter am gleichen Platz mit den Arbeitskräften aus dem altsovjetischem Gebiet tätig sein müssen. Es ist daher erforderlich, den deutschen Ar- beiter in seiner Stellung so hervorzubehen, dass er trotz seiner Mitarbeit als Vorgesetzter und Aufsichtsperson in Erscheinung tritt und bei ihm ein Solidaritätsgefühl mit diesen Ar- beitskräften möglichst nicht entstehen kann.

d) Unterbringung:
Entsprechend der Abschliessung der Ostarbeiter von der deutschen Bevölkerung sind sie in
geschlossenen Lagern (Baracken) mit einer zweck-
entsprechenden Umzäunung (aber kein Stacheldraht)
unterzubringen. Wo dies im Einzelfall — etwa in der
Landwirtschaft — nicht möglich ist, muss die Unter-
kunft fest verschließbar und gut zu überwachen sein.

Die Ostarbeiter dürfen ihre Unterkünfte grundsätz
dlich nur zur Verrichtung der ihnen in den Betrie-
ben zugewiesenen Arbeit verlassen. Dementsprechend
spielt sich die gesamte Freizeit im Lager ab.

Dies gilt auch für die in der Landwirtschaft
einzelns eingesetzten männlichen Arbeitskräfte. Da-
gegen dürfen die in der Landwirtschaft und in Haus-
halten einzelns eingesetzten weiblichen Arbeitskräfte
bei den Arbeitgebern auch einzeln untergebracht
werden. Letztere sind dafür verantwortlich, dass
die Ostarbeiterinnen ausserhalb der ihnen angewies
nen Tätigkeit nicht mit der deutschen Bevölkerung
in Berührung kommen.

In kleineren landwirtschaftlichen Betrieben,
in denen der Einzelleinsatz gestattet ist, kann
falls eine geschlossene Unterbringung auf unüber-
windliche Schwierigkeiten stösst, z.B. in weit aus-
sehend angebauten Dörfern, auch für männliche Ar-
beitskräfte aus dem altsowjetischen Gebiet, die
Unterbringung in fest verschließbaren und gut zu
überwachenden Unterkünften gestattet werden, falls
sich eine erste deutsche männliche Arbeitskraft auf dem
Grundstück befindet, die die Kontrolle übernehmen
kann.

Familien brauchen auch in den Unterkünften nicht
getrennt zu werden. In geschlossenen Lagern hat
ihre Unterbringung möglichst in besonderen Räumen
to erfolgen. Sind sie in kleineren landwirtschaft
lichen Betrieben eingesetzt, kann eine Unterbringung
der Familie, wie oben geschildert, erfolgen.

e) Bewachung:

Die geschlossenen eingesetzten und untergebrachten
Arbeitskräfte aus dem altsowjetischen Gebiet
müssen dauernd unter Bewachung stehen.
Ebenso sind die Unterkünfte ständig unter Be-
wachung zu halten.

Am Arbeitsplatz erfolgt die Überwachung der
Arbeitskräfte aus dem altsowjetischen Gebiet
durch das Bewachungspersonal der Unterkünfte in
aufgelockerter Form. Zur Bewachung am Arbeitsplatz
sind daher deutsche Werkmeister, Vorarbeiter und
Arbeiter mit heranzuziehen und mit Aufsichtsfunktionen
gegenüber den Ostarbeitern zu versehen.

Mit der Bewachung der in der Landwirtschaft
einzelns eingesetzten Arbeitskräfte sind die
Betriebsführer oder im Betrieb beschäftigte deut-
sche Arbeiter zu betrauen.

Den Weg zwischen dem Lager und den Arbeits-
stellen legen die Russen in jedem Fall geschlossen
zurück. Wo deutsche Bewachungskräfte nur in geringem
Umfange zur Verfügung stehen und der Weg nicht
allzu weit ist, kann die Aufsicht hierbei einen
Angehörigen des "Lagerdienstes" - also einem Ostarbeiter - übertragen worden, der das Eintreffen der Kolonne am Arbeitsplatz dem zuständigen Betriebsleiter und die Rückkehr dem Lagerführer zu melden hat.

f) Besuch der Lager:
Zum Besuch der Lager sind ausser Polizeidienststellen nur die örtlich zuständigen Dienststellen der Partei, der DAF, und der Arbeitsverwaltung berechtigt. Über alle anderen Besuche entscheidet der Leiter der Bewachung nach pflichtgemässem Ermessen. Bei Besichtigung der Lager ist darauf zu achten, dass die betreffenden Personen sich nicht selbst an die Ostarbeiter wenden und nach ihren Wünschen oder gar Beschwerden fragen. In solchen Fällen muss immer der Lagerführer eingeschaltet werden, damit bei den Ostarbeitern nicht der Eindruck entsteht, als ob sie gegen den Lagerführer etwas durchsetzen könnten.


g) Freizeit und Freizeitgestaltung der Ostarbeiter:
Die Freizeit der Ostarbeiter spielt sich im Lager ab. Ostarbeitern, die sowohl im Lager wie bei der Arbeit eine gute Haltung zeigen, kann jedoch Ausgang gewährt werden. Wo deutsche Kräfte nur in geringem Umfange zur Verfügung stehen, kann an Stelle der Bewachung während des Ausganges durch Deutsche unter der Voraussetzung der Belehrung die Aufsicht und Führung während des Ausganges einem Angehörigen des "Lagerdienstes" übertragen werden. Die Ostarbeiter nach Möglichkeit in Gruppen von 10 - 20 Mann, bei Frauen 5 Personen, ausgeben dürfen, ist der aufsichtsführende Angehörige des "Lagerdienstes" dafür verantwortlich zu machen, dass die Kolonne zusammenbleibt, die Ostarbeiter sich auch draussen anständig und zurückhaltend benehmen, vor allem nicht Deutsche belästigen und rechtzeitig wieder im Lager eintreffen. Der aufsichtsführende Russe bzw. Russin ist mit einer Armbinde zu versehen, die Name und Anschrift der arbeitgebenden Firma trägt, damit Polizeistreifen und anderen Kontrollorganen eine bessere Beaufsichtigung ermöglicht wird. Andererseits hat die Firma der Russenaufsicht eine Bescheinigung darüber auszustellen, wieweit Ostarbeiter jeweils beim Ausgang zu einer Kolonne gehören.
Der Ausgang muss bei Beginn der örtlich festgesetzten Verdunklungszeiten, im Sommer jedoch spätestens 21 Uhr, beendet sein.

Auch für die Freizeitgestaltung (einschl. Ausgang) gilt der Grundsatz, dass Ostarbeiter nicht mit Deutschen zusammenkommen dürfen. Ein Besuch von Kinosen, Geschäften, Gastwirtschaften und sonstigen Einrichtungen (Benutzung der Straßenbahn, Reichsbahn etc.) oder Veranstaltungen, an denen Deutsche teilnehmen, ist deshalb verboten.


Für die Ostarbeiter erscheinen drei Lagerzeiten, je eine in ukrainischer ("Ukraines"), russischer ("Trud") und weisruthenischer ("Belaruzski robotniki") Sprache. Sie sind beim Fremdsprachendienst Berlin-Charlottenburg 2, Knesebeckstr. 28, zu beziehen. Es ist unbedingt erforderlich, dass die Betriebsführer eine ausreichende Zahl von Zeitungen für ihre Ostarbeiter beziehen, da diese durch die Zeitungen im Interesse des Arbeitseinsatzes die nötige Unterrichtung bekommen.

h) Seelsorgerische Betreuung:
1) Umgang mit anderen ausl. Arbeitskräften und Kriegsgefangenen:

k) Postverkehr:
Postsendungen von Ostarbeitern untereinander innerhalb des Reichsgebietes sind vor Abgabe zur Post bezw. vor Aushändigung an den Empfänger der Staatspolizei stelle Pfm. zur Ueberprüfung vorzulegen. Auch hier sind nur Postkarten zuzulassen.

1) Politische und kriminelle Verfehlungen:

m) Geschlechtsverkehr:
Bei Ostarbeitern stent auf Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen die Todesstrafe. Ostarbeiterinnen werden bei Geschlechtsverkehr mit deutschen Männern in ein Konzentrations-
lager eingewiesen. Ihnen werden selbstverständlich deutsche Männer und Frauen, die sich mit Ostarbeiterinnen einlassen, mit scharfen staatspolizeilichen Massnahmen zu rechnen haben.

Bei Geschlechtsverkehr mit anderen ausländischen Arbeiterinnen aus dem sowjetrussischen Gebiet als willkürliches Vorkommnis zu betrachten, die mit Ein- 
weisung in ein Konzentrationslager geahndet wird.

Gegen den Geschlechtsverkehr von Ostarbeitern und -arbeiterinnen untereinander ist nicht einzuwenden, soweit nicht dadurch die Ordnung im Lager gefährdet wird.

Durch Ausgabe von Verhütungsmitteln muss je-
doch dafür gesorgt werden, dass Schwangerschaften nach Möglichkeit nicht eintreten. Bestehende Schwangerschaften müssen der Polizeibehörde so rechtzeitig gemeldet werden, dass die Ostarbeiterinnen durch das zuständige Arbeitsamt behandelt werden können, wenn sie arbeitsunfähig werden.

n) Einsatz weiblicher Arbeitskräfte aus dem sowjetrussischen Gebiet in deutschen Haushaltungen:
Für den Einsatz hauswirtschaftlicher Ostarbeiterinnen kommen nur politisch zuverlässige Familien in Betracht, die auch die Gewähr dafür bieten, dass die für den Einsatz erlassenen Bestimmungen beachtet werden. An der Auswahl dieser Haushal-
tungen wird daher der örtlich zuständige Hoheits-

Bei der Verteilung der hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen sind kinderreiche und Aufbau-
familien bevorzugt zu berücksichtigen, soweit nicht gerade für diese deutschen Hausgehilfinnen zur Verfügung stehen. Erst wenn der Bedarf dieser Familien gedeckt ist, erfolgen Zuweisungen an andere Haus-
haltungen.

Der Einsatz erfolgt nur in Familien, bei denen eine andere Unterbringung dieser Kräfte innerhalb des Haushalts gewährleistet ist, auf keinen Fall dürfen hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen mit Deutschen gemeinsam untergebracht werden.

Erübrigt sich nachträglich, dass der Haushalt nach den ergangenen Bestimmungen für eine Beschäftigung von hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen ungeeignet ist, so wird das Arbeitsamt eine Ent-
förderung der Ostarbeiterin erwirken.

Die hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen erhalten die gleichen Lebensmittelzuteilungen wie die deutsche Zivilbevölkerung.

Sie sind, soweit sie in städtischen Haushalt-
tungen eingesetzt sind, ausschließlich für eine Beschäftigung mit hauswirtschaftlichen Arbeiten.
vorgesehen und dürfen nicht anderweitig, etwa im Beruf des Haushaltungsvorstandes (z.B. als Sprechstundenhilfe, Verkäuferin, Kellnerin usw.) beschäftigt werden. Hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen, die in ländlichen Haushaltungen eingesetzt sind, sollen für landwirtschaftliche Arbeiten nur in den bei ländlichen Hausgehilfinnen üblichen Umfang herangezogen werden.

Sind deutsche Hilfskräfte im Haushalt, so sind diese so hervorzuheben und aufsichtsführend einzusetzen, dass ein Solidaritätsgefühl zwischen den Deutschen und hauswirtschaftlichen Ostarbeiterinnen nicht entstehen kann. Bei stets gerechter, aber straffer Behandlung der Ostarbeiterin ist seitens der deutschen Familie stets der gebotene Abstand zu wahren.

Eine Weitergabe der hauswirtschaftlichen Ostarbeiterin an andere Familien ist verboten, sofern nicht die Unvermittlung und damit auch die Überprüfung der neuen Familie vom Arbeitsamt veranlasst wird.

Der Haushaltungsvorstand ist für die laufende Beaufsichtigung der hauswirtschaftlichen Ostarbeiterin verantwortlich; ist die Beaufsichtigung nicht oder wegen längerer Abwesenheit der Familie vorübergehend nicht gewährleistet, so wird das Arbeitsamt die Ostarbeiterin unvermittelt oder sie ebenfalls vorübergehend und anderweitig einsetzen.


Das Verbot des Geschlechtsverkehrs und die Behandlung "Schwanger" wird besonders betont.

III. Allgemeine arbeitseinsatzmässige Betrachtung des ausländischen Arbeiter.

Dass der ausländische Arbeiter unbedingt zur Erhaltung und Steigerung der deutschen Kriegsproduktion gebraucht wird, muss sich ebenfalls auf seine Behandlung auswirken. Hierbei ist zu bedenken, dass die Anwerbung der ausländischen Arbeiter meist auf der Basis der Freiwilligkeit erfolgt und ihnen ausdrücklich die gleichen Rechte, die der vergleichbare deutsche Arbeiter genießt, zuerkannt werden. Lediglich bei "Arbeitskräften aus dem Osten" erfolgt die Anwerbung unter anderen Bedingungen.
IV. Begrenzung der Abwehrmassnahmen.

Die Notwendigkeit der Förderung der Arbeitswilligkeit der ausländischen Arbeiter wirkt sich im Verein mit politischen Erwägungen und Erfordernissen des Arbeitsmarktes hemmend auf manche ein, die erwünschte und gebotene Massnahme der Gefahrenabwehr aus.


V. Verhalten und Schutz des deutschen Volkes gegenüber den ausländischen Arbeiten.

Der sicherheitspolizeilichen Betrachtung des ausländischen Arbeiter entgegenkommend muss der deutsche Mensch ihm gegenüber Abstand und eine der Würde unseres Volkes bewusste Haltung führen. Die Begrenzung der Abwehrmassnahmen macht diese Förderung, die in erster Linie durch die Aufklärungsarbeit der Partei sicherzustellen ist, um so dringlicher.

1. Aus sicherheitsmäßigen Gründen ist diese Rücksichtspunkte erforderlich, um dem Gefahren insbesondere aus der Zersetzungs, der schlagartigen Verbreitung feindlicher Kundfunk- und Flüsterverbreitung, der Erörterung der Kriegslage vom Standpunkt des Feindes usw. vorzubeugen. Andererseits wird dadurch der Gefahr begegnet, dass deutsche Menschen in verantwortungsloser Weise z.B. kriegsbedingte Schwierigkeiten mit ausländischen Arbeiten in abträglichem Sinne erörtern, die sich eines derartigen Verhaltens schuldig macht, vorletzt die Würde des deutschen Volkes, dient dem Feind und wird demge-
muss unachtsichtlich staatspolizeilich zur Verantwortung gezogen.


3. Allgemeines Verhalten gegenüber fremdvolkischen Arbeitskräften

Bei den der Gruppe D angehörenden fremdvolkischen Arbeitskräften ist die Linie hierfür in den mitgeteilten Sonderanweisungen aufgeführt und ihre Einhaltung wird durch staatspolizeilich Massnahmen sichergestellt, dies gilt vor allem für Polen und Ostarbeiter.

In Anbetracht der unter II und III be- handelten politischen und arbeitseinsatzmäßigen Erfordernisse ist ein staatspolizeiliches Einschreiten zur Sicherstellung des gebotenen Abstandes zwischen der deutschen Bevölkerung und den übrigen fremdvolkischen Arbeitskräften nur unter besonderen Umständen möglich.


Vorfälle, in denen ein staatspolizeiliches Einsatzrechte nicht geboten ist, aber ein Ansprechen das deutschen Menschen erforderlich erscheint, werden von der Staatspolizeistelle Ffm. dem zuständigen Kreisleiter der NSDAP mitgeteilt.

Über die Frage der Eheschließung zwischen Deutschen und fremdvölkischen Arbeitskräften ergibt sich durch Mitteilung des Reichssicherheitshauptamtes nach grundsätzlicher Klärung noch besondere Weisung.

4. Verhinderung der Geschaftsmachung.

Der angeworbe fremdvölkische Arbeiter darf im Reich nicht seashäft und heimatberechtigt werden, da sonst der Gefahr der Unterwanderung nicht zu begegnen ist.

Der Einsat der ausl. Arbeiterfamilien verliert daher besondere Beachtung, zumal häufig über die Familienmitglieder die aufgezeigten unerwünschten Beziehungen zu Deutschen gepflogen werden.

Über den Familienansatz, das Nachkommen der Familien, die Beschluß der Familien abzulehnen sowie über die Eheschließungen ausländischer Arbeitkräfte und die Behandlung schwangerer Ausländerinnen ergibt sich nach Mitteilung des Reichssicherheitshauptamtes noch ergänzende Weisung.

VI. Allgemeines Verhalten des ausländischen Arbeiters.


VII. Allgemeine Präventivarbeit.


Weiter gilt es, dem ausl. Arbeiter durch Ausräumung berechtigter Beschwerdegründe einen Anlass zur Unzufriedenheit zu nehmen und ihn dadurch in politisch-polizeilicher Hinsehicht weniger unfällig, d.h. ungefährlicher zu


Der deutsche Mensch muss ein ganz wesentlicher Faktor der Gefahrenabwehr sein.


Aus sicherheitsmässigen Gründen ist die Trennung der Nationalitäten schon deshalb von Bedeutung, um einer Fühlungsanhemmung der aktivistischen Kräfte der verschiedenen Nationen vorzubeugen und um möglichst zu verhindern, dass Kräfte aus gegnerisch eingestellten Nationen Einfluss auf zufrieden arbeitende Angehörige befreundeter oder neutraler Nationen gewinnen oder gar die sture Masse aus dem Gatten zu einem Werkzeug ihrer Konspirationen machen.
VIII. Unterbringung.


Da aber nicht alle ausländischen Kräfte umquartiert werden können, sind vorerst bei jeder Regelung folgende beispielhaft angeführte Ausnahmen zuzulassen:

a) Angestellte, für die erst besondere Wohnlager errichtet werden müssen,
b) Arbeitskräfte in handwerklichen Betrieben, bei denen die Unterbringung berufsmäßig ist (z.B. Bäcker),
c) Arbeitskräfte, die mit ihren Ehefrauen im Reich arbeiten und bereits gemeinsam in Privatunterkunft gefunden haben,
d) Arbeitskräfte, insbesondere Schlüsselkräfte, die schon längere Zeit im Reich tätig sind und sich durch zuverlässige Führung und gute Arbeitsleistung bewährt haben.
(Dies gilt insbesondere für Angehörige der Gruppe A u. B.)
e) Arbeitskräfte, die bei in Reichsgebiet ansässigen Verwandten wohnen können.
Die unter c) und d) aufgeführten Arbeitskräfte werden jedoch dann unzuquartieren sein, wenn der erforderliche Barackenraum frei ist und die Sicherstellung des Wohnraumbedarfs für die deutsche Bevölkerung erfordert.

Eine enge Zusammenarbeit mit der DAF, wird diese Umquartierung erleichtern.


Soweit Gemeinschaftslager für landwirtschaftliche ausl. Arbeitskräfte in Frage kommen, gilt das über die DAF Gesagte für den Reichsnährstand.

IX. Kriegsgefangene.
In diesem Zusammenhang erscheint es zweckmässig, die über den Umgang mit Kriegsgefangenen bestehenden Vorschriften in Erinnerung zu bringen. Für die Bearbeitung etwaiger Verstöße ist ausschl. die Geheime Staatspolizei zuständig.

Der Feind bleibt auch in der Gefangenschaft Gegner des Reiches. Im Hinblick auf die brutale Behandlung, die deutsche Soldaten in der Kriegsgefangenschaft haben erdulden müssen bezw. noch erdulden, sind Sentimentalität oder falsches Mitleid nicht angebracht. Der Kriegsgefangene ist streng aber korrekt zu behandeln.

Da der Kriegsgefangene auf mannigfache Weise, z.B. durch Nachrichtenübermittlung an das feindliche Ausland, Sabotageakte, Zersetzung der Wirkung des deutschen Volkes, gegen die Belange des Reiches tätig werden kann, ist auf die Einhaltung und Befolgung der für den Umgang mit Kriegsgefangenen weiter unten aufgeführten Vorschriften grösster Wert zu legen. Durch sie ist jedermann (also sowohl der Reichsangehörigen wie dem Ausländer) gegenüber dem Kr.Gef., untersagt, sofern nicht ein Umgang durch die Ausübung einer Dienst- oder Berufspflicht oder durch ein Arbeitsverhältnis zwangsläufig bedingt ist.

Geschlechtsverkehr.

Gemäss ausdrücklichem Führerbefehl ist allen Kr.Gef. ohne Rücksicht auf die Nationalität der Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen und Mädchen verboten.

Von allen derartigen Vorfällen ist sofort unter eingehender Darstellung des Sachverhaltes
der Staatspolizeistelle Ffm. Meldung zu erstatten. Die deutsche Frau oder das deutsche Mädchen sind unverzüglich festzunehmen.

Strafvorschriften.

Verordnung


§ 4

Verbotener Umgang mit Kriegsgefangenen.

(1) Wer vorsätzlich gegen eine zur Regelung des Umgangs mit Kriegsgefangenen erlassene Vorschrift verstößt oder sonst mit einem Kr.Gef. in einer Weise Umgang pflegt, die das gesunde Volksempfinden gründlich verletzt, wird mit Gefängnis, in schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft.

(2) Bei fahrlässigem Verstoss gegen die zur Regelung des Umgangs mit Kr.Gef. erlassenen Vorschriften ist die Strafe Haft oder Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark.

Verordnung


Auf Grund des § 4 der Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des deutschen Volkes vom 25. November 1939 (RGBl. I S. 2319) wird im Einvernehmen mit dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht verordnet:

§ 1.


(2) Soweit hiernach ein Umgang mit Kr.Gef. zulässig ist, ist er auf das notwendigste Maß zu beschränken.

Erläuterungen

zu der Verordnung über den Umgang mit Kr.Gef. vom 11.5.1940 (RGBl. I S. 769)

Rd.Erl. des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD. vom 14.6.1940 - I A 1 Nr. 97/40 - 176 - 7 -

Die Bestimmung des § 1 Absatz 1, richtet sich an "Jedermann". Die Staatsangehörigkeit oder Volksstammszugehörigkeit desjenigen, der gegen die Bestimmungen der Verordnung verstösst, ist daher unerheblich.

Die Verordnung verbietet "jeglichen" Umgang, sofern er nicht durch die Ausübung einer Dienst- oder Berufspflicht oder durch ein Arbeitsverhältnis der Kr.Gef. zwangsläufig bedingt ist. Die Verordnung erfasst daher auch die Umgangsformen, deren Bestrafung gemäss § 4 der Verordnung vom 25.11.1939 bisher nicht möglich war, da sie sich nicht als gräßliche Verletzung des gesunden Volksempfindens darstellten. So können z.B. nunmehr folgende Fälle einer gerichtlichen Aburteilung zugeführt werden:


Durch die Bestimmung, dass sich der Umgang mit Kr.Gef. auch in den Fällen, in denen es zu lässig ist, auf das notwendigste Maß zu be-


(6) Als Ausübung einer Dienst- oder Berufspflicht ist beispielsweise eine Tätigkeit der Gefangenaufseher, die Tätigkeit eines Arztes oder eine seelsorgerische Betreuung anzusehen.


ges. Poche.

An
Herrn Polizeipräsidenten Frankfurt/M. Wiesbaden Baglaubigt:

" " Wiesbaden (ges. Unterschrift)
den Kommandeur der Gendarmerie
beim Reg.Prä. in Wiesbaden
mit Überdrucken
Die Herrn Landräte des Stapobezirks (mit Überdrucken)
Aussendienststelle in Wiesbaden
nachrichtlich:

Dem Herrn Reg. Präsidenten in Wiesbaden
" Inspekteur der Sicherheitspolizei und das SD. in Wiesbaden
" " " in Kassel
" die Gauleitung der NSDAP-Hessen-Nassau, z.Ed. von Geustabamtsleiter Heyse
" die Kreisleiter des Regierungsbezirks Wiesbaden,
" die Gauleitung der DAP (mit Überdrucken) f.die Kreisob.m. der DAP.
" den Reichsnährstand, Landesbauernschaft Hessen-Nassau
" den SD.-Abschnitt in Frankfurt/Main
" den Herrn Präsi.des Landesamtes in Frankfurt/Main
" den Reichstreuhänden der Arbeit in Frankfurt/Main
" die politisch-polizeilichen Abwehrbeauftragten des Bezirks Pfm.